

Aus dem Bundeshaus

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **181 (2015)**

Heft 12

PDF erstellt am: **24.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Aus dem Bundeshaus

Es geht um Kommissionsentscheide über Standesinitiativen zum Grenzwachtkorps (GWK) sowie zu Finanzen, Rechtsgrundlagen und Rüstungsgütern der Armee.



Beide Kammern hatten 2013 die Motion «Grenzwachtkorps aufstocken» (12.3071) entgegen dem Antrag des Bundesrates (BR) angenommen und beschlossen 2015 Nichtabschreiben. Der Kanton Basel-Landschaft (BL) reichte 2015 eine Standesinitiative «Zusätzliche Aufstockung des Grenzwachtkorps und angemessene Verteilung der Ressourcen auf die Regionen» ein (15.301). Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates (SiK-SR) will zwar den Personalbestand des GWK erhöhen, beantragt jedoch, der Standesinitiative BL keine Folge zu geben. Diese entspreche weitgehend der überwiesenen Motion 12.3071. Der BR habe im Juni 2015 beschlossen, das GWK um 48 Stellen zu verstärken. Eine im Wesentlichen gleichlautende Standesinitiative des Kantons Basel-Stadt zur Aufstockung des GWK (15.311) werde durch die Finanzkommission des SR vorgeprüft. «Beide Standesinitiativen sollen in der Wintersession durch den SR behandelt werden.»

Die SiK-NR beantragt, per Bundesbeschluss für die Jahre 2017 bis 2020 einen Zahlungsrahmen von insgesamt 20 Milliarden Franken für die Armee festzulegen. Infolge des Stabilisierungsprogramms dürfte es letztlich weniger sein. «Nach Ansicht des Bundesrates sind in den nächsten Jahren nicht mehr als 4,5 bis 4,8 Milliarden Franken finanzierbar.» Sie hält an sechs Wiederholungskursen fest und will sich bei der Armeeorganisation und bei der Ausserdienststellung grosser Waffensysteme dem SR anschliessen (14.069). Die SiK-SR genehmigt die «Zusätzliche Beschaffung von Rüstungsmaterial 2015» (15.017, «Rüstungsprogramm 2015») und streicht von 874 Millionen Franken rund 100 Millionen für Erneuerung von Motor und Getriebe des Lastwagens Duro (SDA-Meldung vom 3. November 2015).

Oberst aD Heinrich L. Wirz
Militärpublizist/Bundeshaus-Journalist
3047 Bremgarten BE

Darüber hinaus hat Putin zweifellos handfeste persönliche Interessen, und die dürften für den Zeitpunkt der militärischen und diplomatischen Offensive massgeblich gewesen sein. Auf der bevorstehenden UN-Vollversammlung stand die Ukraine-Krise weit oben auf der Agenda, woran Putin sicherlich kein Interesse haben kann. Mit seiner Initiative will der russische Präsident den Focus von der Ukraine auf Syrien und den Kampf gegen den IS lenken.

Moskau ist seit der Annexion der Krim und durch seine Ukrainepolitik in der Gesamtheit zunehmend isoliert, vor allem seitens der westlichen Staaten. Die verhängten Wirtschaftssanktionen machen Russland immer mehr zu schaffen, und die Zukunftsperspektiven sind eher düster.

Mit seinem Engagement gegen den IS will Russland Partner in der internationalen Allianz werden, und durch die direkten Gespräche der Verteidigungsminister erhofft sich Moskau einen wesentlichen Schritt, um in der Weltöffentlichkeit wieder auf Augenhöhe mit den USA zu erscheinen. Diese Entwicklung erscheint nicht als verwerflich und könnte durchaus zur internationalen Stabilisierung beitragen.

Empfehlungen für die westliche Staatengemeinschaft

Es gibt einen alten Spruch, nachdem man sich mit einem Gegner verbünden soll, den man nicht besiegen kann. Im weitesten Sinn trifft das auf die aktuelle Situation zu. Moskau ist ein Verbündeter Syriens und kann deshalb dort mit Zustimmung der legitimen Regierung in Damaskus so viele Stützpunkte einrichten, wie man möchte.

Warum Moskau seine Initiative ausgerechnet zum aktuellen Zeitpunkt startet, liegt zwar auf der Hand, ist aber – zumindest bislang – nicht zu beanstanden. Man kann zwar die Faust in der Tasche machen, es aber nicht ändern. Diese Erkennt-

nis hatte offensichtlich auch der US-Präsident. Es ist wohl auch unstrittig, dass Putin – wie dargestellt – auch handfeste eigene Interessen verfolgt, aber das ist legitim, auch wenn es nicht gefällt. Der Schachzug des russischen Präsidenten ist einfach geschickt, was man zur Kenntnis nehmen muss.

Der Westen ist zweifellos einmal mehr von Moskau überrascht worden, und jetzt kann es doch nur darum gehen, die russische Initiative auch für eigene Absichten zu nutzen. Moskau kann im Kampf gegen den IS ein wertvoller Partner sein, und da sollte man möglichst schnell die Probe aufs Exempel machen. Dazu bedarf es natürlich einer engen Koordination zwischen den USA und Russland. Diese müsste Teil der aktuell stattfindenden Gespräche sein.

Kein Staat der westlichen Allianz ist bislang bereit, sich mit Bodentruppen im Irak oder in Syrien zu engagieren, auch wenn der französische Staatspräsident Hollande das kürzlich für Syrien nicht mehr völlig ausgeschlossen hat. Wenn also Russland den IS gemeinsam mit der syrischen Armee am Boden bekämpfen will, sollte die Allianz die dafür benötigte Luftunterstützung zur Verfügung stellen. Das erscheint fast als die letzte Chance, den IS wirklich zu zerschlagen.

Was die russische Ukraine-Politik angeht, darf das Engagement Moskaus in Syrien natürlich nicht das Mäntelchen dafür sein, dort so weitermachen zu dürfen wie bisher. Sie sollte aber auch kein Argument dafür sein, sich im Kampf gegen den IS nicht mit Moskau zu verbünden.

Die Zukunft des syrischen Präsidenten Assad sollte weder in Washington noch in Moskau entschieden werden, sie ist einzig und allein Sache des syrischen Volkes. Für direkte Verhandlungen mit Assad und die Gestaltung eines zukünftigen Syriens könnte Russland allerdings ein guter Mediator sein.

Last but not least bleibt grundsätzlich festzuhalten, dass es für die grossen Probleme in der Welt langfristig keine Lösungen geben wird ohne Russland. Wem das nicht klar ist, empfehle ich einen Blick auf die Landkarte. ■



Oberst i Gst aD
Jürgen Hübschen
Beratung für
Friedenssicherung und
Sicherheitskonzepte
D-48268 Greven

Es sollte davon ausgegangen werden, dass sich die russische Unterstützung der syrischen Streitkräfte konkretisieren und intensivieren wird, falls das Assad-Regime ins Wanken geraten sollte. In einem solchen Fall wird Moskau nicht nur den IS bekämpfen, sondern alle Gruppierungen, die den Bestand des syrischen Systems bedrohen, also auch die Rebellen der syrischen Opposition. Darauf sollte der Westen vorbereitet sein.